



Oberbürgermeister Heiner Bernhard, Stadt Weinheim
Bildungskongress des DST, 8./9.11.2012 in München, Workshop 5

8.11.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin der Oberbürgermeister jener Stadt, die der AG Weinheimer Initiative den Namen gibt, der stolz darauf ist, dass seine Stadt bei der Kommunalen Koordinierung eine Vorreiterrolle einnehmen kann – und daher gerne seine Erfahrungen weitergibt. Dazu kommt, dass wir im Rhein-Neckar-Kreis Bildungsregion des Landes sind, was sehr hilfreich ist. Ich komme gleich noch mal zurück.

Ich denke, wir können an dieser Stelle den Konsens voraussetzen, dass die Kommunale Koordinierung am Übergang Schule-Beruf eine Daueraufgabe ist, weil sie die zentralen Politikfelder einer Kommune betrifft: Sozial-, Integrations- und Bildungspolitik, aber auch Arbeitsmarkt- und Standortpolitik. Sie ist nicht im rechtlichen aber im politischen Sinn eine Pflichtaufgabe.

Ich möchte mich kurz mit den Fragen beschäftigen, wie ein wirksames Übergangsmangement, bzw. wie eine Kommunale Koordinierung im Zusammenwirken der unterschiedlichen Akteure geschaffen und nachhaltig weiterentwickelt werden kann? Und welche Rahmenbedingungen für die lokale Gestaltung der Übergänge gebraucht werden, damit sie auf Dauer angelegt und Ressourcen schonend wirksam werden können?

Entscheidend ist, dass kein Akteur – schon gar nicht die Kommune – Übergänge alleine gestalten kann, sondern dass diese Aufgabe als gemeinsame Verantwortung gestaltet werden muss. Das heißt:

1. Sie gelingt nur in einem stetigen Aushandlungsprozesse auf Augenhöhe unter Einbezug aller wichtigen Akteure, die da sind: Schulen und staatliche Schulaufsicht, Betriebe, Kammern und Wirtschaftsorganisationen, BA und Jobcenter, Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit – bei uns in Weinheim gehören noch ehrenamtliche Paten dazu. Nur so schaffen Sie das Klima einer kommunalen Verantwortungsgemeinschaft.
2. Eine kreisangehörige Stadt hat dabei andere Ressourcen als Landkreise oder Großstädte: Kommunale Koordinierung agiert hier bürgernäher, sie kennt die Lebenszusammenhänge und die Menschen, kenne die Sozialräume, Problemlagen und sie kennt die Ressourcen vor Ort sehr genau. Sie kann Beteiligung organisieren. So lassen sich z.B. Beiträge von Bürgern oder Migrantenorganisationen viel leichter mobilisieren und einbinden als auf großer Fläche.



3. Aber eine produktive Zusammenarbeit sehr unterschiedlicher Akteure am Übergang Schule-Beruf gelingt gut, wenn ein gemeinsames Ziel und ein Grundkonsens ihre Kooperation immer wieder fokussiert. Uns trägt der Konsens, dass wir immer vom individuellen Bedarf und Entwicklungsprozess des Kindes/Jugendlichen aus gehen. Ziel ist, zum richtigen Zeitpunkt genau die Unterstützung zu geben, die nötig ist, damit individuelle Talente gut entfaltet werden können. Wir übernehmen also gemeinsam Verantwortung und begleiten Bildungs- und Integrationsprozesse individuell. Dafür tut jeder Partner das, was er am besten kann und wofür er zuständig ist – und wenn es für gute Schnittstellen nötig ist, dehnt er dafür auch die Grenzen seiner Zuständigkeit aus. Schnittstellen wiederum bedürfen der Kommunalen Koordinierung.
4. Nach unseren Erfahrungen gelingt das am Besten im Rahmen einer integrierten Gesamtstrategie. Sie betrachtet den Übergang Schule-Beruf nicht als isolierte Gestaltungsaufgabe, sondern gestaltet Förderkonzepte und Angebote entlang der Bildungsbiografie des Kindes und des Jugendlichen, also von der frühkindlichen Bildung und Erziehung bis zu einer stabilen Integration in die Arbeitswelt (Biografie begleitender Ansatz).
5. Übergangsgestaltung Schule-Beruf lässt sich erfolgreich und ressourcensparend nur in einem Mehrebenen-System realisieren. Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die Kreise, Länder und der Bund müssen hier abgestimmt und auf gleicher Augenhöhe zusammenarbeiten.
Was das heißt, beschreiben unter anderem zwei Positionspapiere der AG Weinheimer Initiative: eines zur Kooperation von kreisangehörigen Städten und Gemeinden mit Kreisen und eines (in Vorbereitung) zur Kooperation der Kommunale Koordinierung mit der BA und dem Job Center.

Damit sind wir bei notwendigen Rahmenbedingungen für lokale Koordinierung, die vor allem die Länder gestalten können, was Schleswig-Holstein und NRW aktuell zeigen - und BW, aber leider eher durch schwachen Gestaltungswillen:

Länder sind als Rahmensetzer für die Kommunale Koordinierung unverzichtbare Partner. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit von Kommune und Land ist eine Kernbedingung für gelingende Übergangsgestaltung. Ziel sind verlässliche und konsistente Rahmenbedingungen.

Hierzu brauchen wir einen Kommunen-Land-Dialog auf Augenhöhe:



Länder können, und sie sollten:

1. die kommunale Koordinierungsrolle und die lokale Kooperationsnetzwerke bei der Übergangsgestaltung anerkennen und ernst nehmen,
2. die Bedeutung der Kommunalen Koordinierung bei der Ausgestaltung von Landesprogrammen und Initiativen oder bei Vereinbarungen zwischen Ländern und BA fixieren,
3. die Kooperation der Staatlichen Schulaufsicht mit der Kommunale Koordinierung zur Regelaufgabe machen und die Kooperation mit den Schulen fördern.
Im Impulsprogramm Bildungsregionen in BW haben wir damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Deshalb ist das Programm für uns so wichtig.
4. verbindliche rechtliche Grundlage für Kommunale Koordinierung schaffen und hierzu mit den Kommunen in Dialog gehen,
5. sich an deren Finanzierung verlässlich beteiligen; Projektförderungen sind hier nicht ausreichend. Gleiches gilt auch für den Bund: Wir haben das Programm „Perspektive Berufsabschluss“ für uns sehr erfolgreich genutzt, es war wichtig und wirkungsvoll – aber befristete Programme reichen nicht, hier geht es um Strukturentwicklung!
6. ganz wichtig: Die Länder – und der Bund – sollen ihre eigenen Programme und Strategien ressortübergreifend abstimmen, um ihrerseits verlässliche und konsistente Rahmenbedingungen für die Kommunale Koordinierung zu schaffen.

Wir freuen uns, wenn die Länder diese Anregungen aufnehmen. Dabei wünschen sich die Kommunen, dass die Länder die Gestaltung der Rahmenbedingungen nicht einseitig setzen, sondern die Kommunen und deren Expertise ernst nehmen und in einen kontinuierlichen Dialog eintreten. Nur auf gleicher Augenhöhe und als Gemeinschaftsaufgabe lässt sich der gelingende Übergang der Jugendlichen in Ausbildung und Erwerbsarbeit gestalten.

Vielen Dank!